

Verwaltungsbericht

der

Stadt Wiesbaden

für die Zeit vom 1. April 1929 bis 31. März 1930



Bearbeitet vom Statistischen Amt der Stadt Wiesbaden.

Der Gesundheitszustand der Lehrerschaft kam im allgemeinen als befriedigend bezeichnet werden.

Schulzahnklinik.

Bei der Untersuchung der Schulneulinge fiel die große Anzahl von Cariesfällen auf, deren Ursache in Rachitis und Ernährungsstörungen zu suchen ist. Bei den mittleren und älteren Jahrgängen war eine erfreuliche Besserung als Ergebnis der planmäßigen Behandlung festzustellen. In der Poliklinik, die stark in Anspruch genommen wurde, konnte auch eine Beratung der die Kinder begleitenden Mütter erfolgen. Bei der Behandlung der Kinder in den neuen Stadtteilen leistete ein transportables Instrumentarium wertvolle Dienste. Die Poliklinik der Außenstationen wurde während der Behandlungsstunden in den einzelnen Schulen abgehalten; in Wiesbaden-Biebrich fand sie in bestimmten Stunden in der im Rathaus eingerichteten Schulzahnklinik statt. In Alt-Wiesbaden lag die Betreuung der Volksschulkinder in den Händen des Leiters der Schulzahnklinik, Dr. Ost, in den neuen Stadtteilen der Schulzahnärztin Frau Dr. Sellinger. Insgesamt wurden 7286 Kinder schulzahnärztlich versorgt.

Während hinsichtlich Alt-Wiesbadens wohl gesagt werden kann, daß die Volksschulkinder mit wenigen Ausnahmen sämtlich der zahnärztlichen Versorgung unterliegen, war in den neuen Stadtteilen immer noch ein gewisser Widerstand zu überwinden, indem die Eltern sich vielfach weigerten, ihre Pflegebefohlenen untersuchen oder behandeln zu lassen. Indessen das Vertrauen zu der Schulärztin ist sichtlich im Wachsen und in der Folge kann wohl mit annähernd gleich günstigem Erfolg der zahnärztlichen Betreuung wie in Alt-Wiesbaden gerechnet werden.

Zentralausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege und Ortsausschuß für Jugendpflege.

A. Zentralausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege.

Der Zentralausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege ist durch Mag. Beschl. Nr. 254 vom 9. 2. 1922 gebildet worden. Er hat die Aufgabe, die „die Stadt berührenden äußeren Angelegenheiten auf dem Gebiete von Turnen, Sport, Spiel und Jugendpflege“ zu regeln. Er setzt sich zusammen aus 2 Mitgliedern des Magistrats, je einem Mitglied der Stadtverordnetenfraktionen und je 2 Vertretern des Ortsausschusses für Jugendpflege, des Wiesbadener Stadtverbandes für Leibesübungen und der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege, Ortskartell Wiesbaden.

Den Vereinen und Schulen standen im Berichtsjahr die Kampfbahnen Frankfurter Straße und Kleinfeldchen, die Spielplätze Waldstraße, Boseplatz, Nonnentrift, Nikolastraße, Georg-Auguststraße in Alt-Wiesbaden, Nassauer Straße und Dyckerhoffplatz in Wiesbaden-Biebrich, Platz an der Klarenthaler Straße in Wiesbaden-Dozheim, Jahnplatz in Wiesbaden-Rambach, Platz am Wasserwerk in Wiesbaden-Erbenheim, Platz „Auf den Fichten“ in Wiesbaden-Bierstadt, Platz am Wasserturm in Wiesbaden-Jgstadt und Platz an der Nauroder Straße in Wiesbaden-Hesloch als stadteigene und die beiden Plätze an der Kaiserstraße als gepachtete Spielplätze zur Verfügung. Der Winterarbeit dienten die Turnhallen der städtischen Schulen.

Neben den laufenden Unterhaltungsarbeiten auf den städtischen Spiel- und Sportplätzen konnte im Rechnungsjahr 1929 die Verkehrsschleife der Kampfbahn Frankfurter Straße angelegt und das Hauptfeld der Kampfbahn Kleinfeldchen nebst der Hundertmeter-Laufbahn umgebaut werden. Für die Erweiterung des Spielplatzes „Auf den Fichten“ in Wiesbaden-Bierstadt wurde das erforderliche Gelände erworben und für den Stadtteil Kloppenheim von der Pfarrgemeinde ein für einen Spielplatz geeigneter Acker gepachtet. Ferner wurden für die Sportplätze zu Wiesbaden-Dozheim, Wiesbaden-Jgstadt und Wiesbaden-Kloppenheim Umkleegelegenheiten in einfacher Art geschaffen.

Die außerordentliche Zunahme des Wassersports und die dadurch hervorgerufene Häufung von Unglücksfällen zwangen zur Einrichtung einer Rettungsstation am Schiersteiner Hafen.

Die Lehrgangsarbeit erstreckte sich im Berichtsjahr auf je einen Kursus für Wasserwandern und Rettungsschwimmen, für Skilauf (Trockenski) und für Turnen.

Am 11. 8. 1929 führte der Zentralausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege auf der Kampfbahn Frankfurter Straße die Reichsjugendwettkämpfe durch. Die 5 ersten Sieger und 5 ersten Siegerinnen konnten an dem Bezirksjugendfest in Limburg teilnehmen, wo 6 dieser Jugendlichen ebenfalls Siege errangen.

B. Ortsausschuß für Jugendpflege.

Nach den ministeriellen Bestimmungen hat der Ortsausschuß für Jugendpflege, der in Wiesbaden zugleich die Aufgaben des Kreis Ausschusses für Jugendpflege erfüllt, sich der schulentlassenen Jugend anzunehmen und sie nach der leiblichen, geistigen und sittlichen Seite hin zu betreuen. Die Einrichtungen für Leibesübungen fallen in Wiesbaden dem Zentralausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege zu.

Während in früheren Jahren im Ortsausschuß für Jugendpflege jeder Verein Sitz und Stimme hatte, mußte infolge des durch Eingemeindungen hervorgerufenen Zuwachses an Vereinen eine Änderung getroffen werden. Auf Anordnung des Magistrats wurden dem Arbeitsausschuß des alten Orts Ausschusses für Jugendpflege sämtliche einschlägigen Maßnahmen bis zu dem Zeitpunkt übertragen, da die geplante endgültige Neuregelung der Ausschüsse für Leibesübungen und Jugendpflege in Kraft treten konnte. Der Arbeitsausschuß, dessen Vorsitzender der Kreisjugendpfleger ist, besteht zurzeit aus 8 Vertretern(innen) der Vereinsgruppen und 3 Vertretern der im Jahre 1926 eingemeindeten Stadtteile; die 9 Vertreter der im Jahre 1928 eingemeindeten Vororte haben in ihm beratende Stimme.

Am Schlusse des Berichtsjahres gehörten dem Ortsausschuß für Jugendpflege 179 Vereine mit 23502 Mitgliedern an, von denen 10587 Jugendliche waren.

Der Ortsausschuß für Jugendpflege veranstaltete im Jahre 1929 Lehrgänge für heimschmückende Techniken, Photographie und Volkstänze sowie 2 größere Zusammenkünfte, mit Vorträgen über „Jugend und Staat“ und „Jugend und Reparationen“.

An 22 Vereine und Gruppen konnten aus Staatsmitteln Beträge von insgesamt 12300 RM vermittelt werden. Die Stadt selbst gab an 5 Vereine Beihilfen in Höhe von 1500 RM und übernahm ferner Bürgschaften für 2 Vereine im Gesamtbetrag von 46500 RM.

Bestimmungsgemäß mußten sämtliche 10587 Jugendliche gegen Unfall versichert werden. Die geringen Beiträge (Höchstsatz 38 Pfg. im Jahr) brachten die Versicherten selbst auf.

Ebenso genießen sämtliche Jugendpflegevereine den Vorteil der 50% igen Fahrpreisermäßigung auf deutschen Reichsbahnen; die dazu erforderlichen Bescheinigungen und Ausweise werden von dem Ortsausschuß für Jugendpflege ausgefertigt.

Die Jugendherberge, die aus der Verwaltung des Jugendherbergsverbandes in diejenige der Stadt überging, hatte im Jahre 1929 7405 Besucher.

Die Geschäftsstelle des Zentralausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege und des Orts Ausschusses für Jugendpflege steht den Vereinen und Jugendlichen jederzeit zu Beratungszwecken offen.

Volkshochschulamt.

Die Volkshochschule erreichte in 1929 in drei Lehrgängen (Zwischenkurse sind nicht einbegriffen) eine Ziffer von 3923 Besuchern, davon waren 690 vom Arbeitsamt eingezeichnet worden. Die Hörerbeiträge betragen 10729,64 RM; das Arbeitsamt erstattete 2760 RM; die Mitglieder zahlten 367 RM, sodas insgesamt 13856,64 aufgebracht wurden. Außerdem gewährte die Stadtverwaltung einen Barzuschuß von 8772 RM, die Regierung einen Beitrag von 1900 RM und der Landeshauptmann einen von 1000 RM. An Honoraren wurden 17594 RM verausgabt. Frühjahrs-, Herbst- und Winterlehrgang erreichten insgesamt — ohne die Sonderveranstaltungen für das Arbeitsamt — die stattliche Zahl von 191 Kursen. Der 1. Vorsitzende des Volkshochschulbundes wurde vom Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung auf ein Jahr zur hauptamtlichen Tätigkeit an der Volkshochschule ab 1. 4. 1929 beurlaubt.

Über die Arbeit des Volkshochschulvereins Wiesbaden E. V. berichtet wie im Vorjahr in einer gedruckten Sonderschrift Professor Dr. Liesegang.

VIII. Soziale Fürsorge.

Wohlfahrtsamt.

Allgemeines.

Bei den im Bericht enthaltenen Zahlenangaben sind, um ein geschlossenes Bild der Wohlfahrtspflege Groß-Wiesbadens zu erhalten, die Daten Alt-Wiesbadens und die der eingemeindeten Orte zusammengefaßt. Soweit jedoch eine Untergliederung der Unterstützungsempfänger und der Fürsorgekosten für einzelne Stadtteile möglich war, ist eine entsprechende Tabelle am Schlusse nachgetragen.

Organisatorische Änderungen.

Da bei der langanhaltenden Arbeitslosigkeit die in „Ergänzender Fürsorge“ befindlichen Unterstützungsempfänger nach ihrer Aussteuerung durch das Arbeitsamt fast restlos in die Allgemeine Fürsorge übertreten, wurde zu Beginn des Berichtsjahres die zuvor zentralisierte „Ergänzende Fürsorge“ dezentralisiert und den einzelnen Kreisstellen zugewiesen.

Von dem Main-Taunus-Kreis erwarb die Stadt am 1. April 1929 das Kindererholungsheim Niedernhausen. Im Berichtsjahr wurden hier sechs sechswöchige Erholungskuren mit gutem Erfolg durchgeführt.

Am 18. Juni 1929 konnte die Kreisstelle Nord aus dem Verwaltungsgebäude Friedrichstr. 1/3 in das Haus Saalgasse 3 übersiedeln. Mit dem gleichen Zeitpunkte wurde ihr der Stadtteil Sonnenberg als 19. Bezirk zur Betreuung zugewiesen, jedoch unter Aufrechterhaltung der Amtsstelle in Sonnenberg. Damit war die Einrichtung dezentraler Verwaltungsstellen zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Die Einrichtung der Kreisstellen hat sich in gleicher Weise für die Verwaltung wie für die Betreuten als vorteilhaft erwiesen.

Eine grundlegende Neuerung ist im Berichtsjahr auf dem Gebiete der ärztlichen Versorgung der Hilfsbedürftigen eingetreten. Bis zum 30. Juni 1929 war die ärztliche Versorgung durch Vertrag mit dem Verein der Ärzte Wiesbadens — bei freier Arztwahl — geregelt. Ab 1. Juli 1929 übernahm die Allgemeine Ortskrankenkasse Wiesbaden die Krankenpflege sämtlicher Hilfsbedürftigen, ab 1. 8. 1929 auch die Krankenhaus- und Arzneikosten. Soweit sich bei Ablauf des Berichtsjahres überblicken läßt, hat sich diese Regelung recht gut bewährt. Die Zahl der Versicherten betrug im August 1929, bei Inkrafttreten des Vertrages mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse, 8903, im März 1930 11288.

Am 1. Februar 1930 wurde im städtischen Krankenhaus eine der Kreisstelle Nord angegliederte Aufnahmestelle für solche Personen errichtet, bei denen das Wohlfahrtsamt die Verpflegungs- und Behandlungskosten übernimmt.

Richt- bzw. Unterstützungssätze.

Die im letzten Verwaltungsbericht aufgeführten, ab 24. Juni 1928 geltenden Richt- bzw. Unterstützungssätze des Wohlfahrtsamtes blieben während des Berichtsjahres unverändert in Kraft.

Allgemeine Fürsorge.

Der Beginn des Berichtsjahres stand noch unter den Auswirkungen eines ungewöhnlich strengen Winters. Der regelmäßige Saisonaufschwung brachte diesmal, wie aus der folgenden Tabelle ersichtlich, nur eine vorübergehende Entlastung der Allgemeinen Fürsorge. Im übrigen bot der hiesige Arbeitsmarkt, vor allem während der Wintermonate, nur unzureichende Beschäftigungsmöglichkeit.

Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung konnten die Inanspruchnahme der Allgemeinen Fürsorge nur in unzureichender Weise mindern: erstere erfaßte, da auf 26 Wochen beschränkt, nur die

kurzweilige Arbeitslosigkeit, letztere erstreckte sich nur auf bestimmte Berufe. War die Krisenfürsorge auch auf Grund eines Erlasses des Reichsarbeitsministers vom 22. 2. 1929 zu Beginn des Berichtsjahres erheblich erweitert worden, so engte ein weiterer Erlass schon im Juni 1929 den Personenkreis und die Höchstdauer wieder beträchtlich ein. Arbeitslosen unter 21 Jahren und berufszüchtig Arbeitslosen sowie vor allem un-
gelernten Arbeitern war nach wie vor die Krisenunterstützung versagt; sie mußten im Falle der Hilfsbe-
dürftigkeit unmittelbar nach Aussteuerung aus der Arbeitslosenversicherung aus öffentlichen Mitteln unter-
stützt werden.

Daß die Zahl der Unterstützungsempfänger und die Fürsorgekosten im Berichtsjahr nicht noch
höher wurden, ist durch sorgfältige Prüfung und systematische Überwachung verhütet worden, wodurch un-
berechtigte Ansprüche zurückgewiesen oder nachträglich abgelehnt wurden. Nicht zuletzt ist eine erhebliche
Anzahl Personen durch die seit September 1928 eingeführte Pflichtarbeit von dem Unterstützungsbezug aus-
geschlossen bzw. abgehalten worden.

Allgemeine Fürsorge.

	Laufend in offener Fürsorge										Ein- malige fälle	Gesamt- fürsorge- kosten*) RM
	in 1929		im April 1929		im Juli 1929		im Okt. 1929		im Jan. 1930			
	Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.		
Wohlf.-Pfleblinge .	2105	3302	1889	3343	1547	2564	1474	2373	1485	2400	92	—
„ Erwerbslose	7127	17956	2290	5807	2552	6099	3222	7636	3870	9531	1158	5 721 593.—
Jugendamt . . .	280	283	212	220	203	205	183	188	203	208	241	—
Summe:	9512	21541	4391	9370	4302	8868	4879	10197	5558	12139	1491	5 721 593.—

*) einschl. Sachleistungen und geschlossener Fürsorge.

Ergänzende Arbeitslosenfürsorge.

Mit der Vermehrung der allgemeinen Arbeitslosigkeit war auch eine Zunahme derjenigen Unter-
stützungsfälle verbunden, in denen solchen Unterstützungsempfängern des Arbeitsamtes zusätzliche Wohlfahrts-
unterstützung zuteil werden mußte, bei welchen Hilfsbedürftigkeit vorlag und die Arbeitslosen- oder Krisen-
unterstützung niedriger war als die Richtsätze der Allgemeinen Fürsorge.

Hierzu folgende Tabelle:

Laufend in offener Fürsorge										Ein- malige fälle	Gesamtfürsorge- kosten*) RM
in 1929		im April 1929		im Juli 1929		im Okt. 1929		im Jan. 1930			
Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.		
2741	8264	—	—	481	1744	1526	4291	2427	6373	2443	217 867.—

*) einschl. Sachleistungen und geschlossener Fürsorge.

Gehobene Fürsorge.

a) Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge.

Der Aufgabenkreis dieser Fürsorgestelle hat sich im Berichtsjahr nicht geändert, wohl aber ist ihre
Tätigkeit in Anbetracht der Wirtschaftslage und verschiedener gesetzlicher Neuerungen wesentlich umfangreicher
geworden. So brachte z. B. die Festsetzung der Schlußfrist zur Geltendmachung von Ansprüchen aus dem
Verlust des Ernährers eine erhöhte Inanspruchnahme der Fürsorge. Besondere Schwierigkeit bot bei der
ungünstigen Lage des Arbeitsmarktes auch die Durchführung des Gesetzes über Kriegsschwerbeschädigte.

Aus den Aufgaben der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorgestelle seien folgende Einzelheiten erwähnt:

	Kriegs- beschädigten- Fürsorge	Kriegs- hinterbliebenen- Fürsorge
Arbeitsvermittlungsstelle für Schwerbeschädigte	19	—
Anträge auf Beamten-scheine	15	—
Anträge auf Kapitalabfindung	23	—
Anträge auf Darlehn und Vorschüsse	189	200
Neuanträge auf Zusatzrente	859	84
Berufsum- und -Ausbildung	—	165

Laufend in offener Fürsorge										Ein- malige fälle	Gesamtfürsorge- kosten*) RM
in 1929		im April 1929		im Juli 1929		im Okt. 1929		im Jan. 1930			
Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.		
1026	2214	710	1464	723	1486	793	1622	872	1806	478	466 008.—

*) einschl. Sachleistungen und geschlossener Fürsorge.

b) Sozialrentnerfürsorge.

Im Gegensatz zur Allgemeinen Fürsorge, welche in der Regel für den vollständigen Unterhalt der Hilfsbedürftigen aufzukommen hat, gewährt die Sozialrentnerfürsorge nur eine zusätzliche Unterstützung zu den von den Versicherungsträgern und vom Reich den Invaliden- und Unfallrentnern gezahlten Renten. Von den in Wiesbaden vorhandenen rund 7000 Invaliden- und Unfallrentnenempfängern mußte im Berichtsjahr rund ein Drittel unterstützt werden. Der Geschäftsbereich der Fürsorgestelle blieb gegenüber dem des Vorjahrs unverändert, wenn von der sich in Wiesbaden nur in geringem Umfange auswirkenden Erweiterung des Kreises der Rentenberechtigten — auf Grund des Gesetzes über Leistungen in der Invalidenversicherung vom 12. Juli 1929 — abgesehen wird.

Über die Bewegung der Zahl der Sozialrentner im Laufe des Berichtsjahres gibt die folgende Übersicht Aufschluß:

Laufend in offener Fürsorge										Ein- malige fälle	Gesamtfürsorge- kosten*) RM
in 1929		im April 1929		im Juli 1929		im Okt. 1929		im Jan. 1930			
Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.		
2541	3689	1967	2877	2039	2918	2186	3169	2253	3296	66	1 095 520.—

*) einschl. Sachleistungen und geschlossener Fürsorge.

Kleinrentnerfürsorge.

Die Bestrebungen der Kleinrentner, auf Grund eines Reichsrentnerversorgungsgesetzes einen Rechtsanspruch auf Rente zu erhalten, haben auch im Berichtsjahre nicht zum Erfolg geführt. Es verblieb daher bei der früheren Regelung, nach der ehemalige Kapitalrentner im Falle der Bedürftigkeit von den Bezirksfürsorgeverbänden aus öffentlichen Mitteln zu unterstützen sind. Der sich bereits im Vorjahre bemerkbar machende Rückgang in der Zahl der unterstützten Kleinrentner hielt in 1929 in verstärktem Maße an. Wohl waren noch 77 Neuzugänge zu verzeichnen, doch war der Abgang durch Aufhören der Hilfsbedürftigkeit, durch Tod usw. weit stärker.

In größerem Umfange als in den Vorjahren wurden mit den Unterstützungsempfängern Erstattungsverträge abgeschlossen. Der Wert dieser geleisteten Sicherheiten betrug 115 373 RM. Die Einnahmen aus Nachlässen, Rückzahlungen und Unterhaltsbeiträgen beliefen sich im Berichtsjahr auf rund 100 000 RM.

Laufend in offener Fürsorge										Einmalige Fälle	Gesamtfürsorgekosten*) RM
in 1929		im April 1929		im Juli 1929		im Okt. 1929		im Jan. 1930			
Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.		
1593	1969	1569	1945	1594	1991	1522	1879	1398	1725	42	1269110.—

*) einschl. Sachleistungen und geschlossener Fürsorge.

Sonderleistungen.

Außer der regulären Fürsorge, welche ihre Grenze normalerweise in den oben angegebenen Richtsätzen findet, wurden im Berichtsjahre noch folgende Sonderleistungen gewährt:

- 1) Milch und zwar: für Kinder im 1. Lebensjahr die ärztlich verordnete Säuglingsmilch,
" " 2. " täglich 1/2 l Vollmilch,
" " 3. " " 1/4 l " "
" vom 4. Lebensjahre ab sowie für kranke Erwachsene nur auf Attest eines Fürsorge- bzw. eines Stadtarztes.

Diese Sonderleistungen wurden auch einem großen Teil der Unterstützungsempfänger des Arbeitsamtes im Rahmen der Ergänzenden Arbeitslosenfürsorge zuteil.

- 2) Hausbrand für die Zeit vom 1. Oktober 1929 bis zum 31. März 1930 und zwar je Monat den unterstützten Familien je 2 Zentner Kohlen und 1 Zentner Holz,
" " alleinstehenden Personen mit eigenem Haushalt je ein Zentner Kohlen und 1 Zentner Holz,
" " alleinstehenden Personen ohne eigenen Haushalt je 1 Zentner Kohlen.

Die Hausbrandversorgung erhielten alle vom Wohlfahrtsamt Unterstützten sowie auf Antrag solche vom Arbeitsamt Unterstützte, deren Bezüge und sonstiges Einkommen den Unterstützungsrichtsatz der Allgemeinen Fürsorge grundsätzlich nicht überschritten hatten.

- 3) Weihnachtsbeihilfe und zwar:
für den Alleinstehenden bzw. für jedes Familienoberhaupt
(Hauptunterstützungsempfänger) 7,50 RM
für die Ehefrau (Zuschlagsempfänger) 3,50 RM
für jedes mitunterstützte Kind (Zuschlagsempfänger) 2,50 RM
Die Weihnachtsbeihilfe erhielten auch die Unterstützungsempfänger des Arbeitsamtes.

Sonstiges.

Die Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage gegenüber dem Vorjahre geht besonders deutlich aus der Zahl der Anträge auf Stundung der Hauszinssteuer hervor. Die Zahl der bearbeiteten Anträge, welche von der Steuerverwaltung dem Wohlfahrtsamt zur Prüfung übermittelt wurden, hat im Berichtsjahr eine 30% ige Erhöhung erfahren (von 7105 auf 10140).

Auch das Büro des Stadtarztes meldet eine größere Inanspruchnahme. Die Zahl der stadtärztlichen Untersuchungen ist von 2123 in 1928 auf 3319 in 1929 gestiegen. Die Zunahme ist in erster Linie auf die ärztliche Untersuchung der Pflichtarbeiter zurückzuführen, welche sehr häufig Kranksein vorschützten.

Die Knappheit der Fürsorgemittel gebot im Berichtsjahre eine Einschränkung der Sachleistungen. Demzufolge weist die Lagerverwaltung eine um 20% verringerte Ausgabe an Schuhen, Leib- und Bettwäsche usw. nach.

Betriebe des Wohlfahrtsamtes.

Kreditanstalten.

Die Geschäftsführung wurde wie bisher von einem 6gliederigen Ausschuss, dessen Vorsitz der jeweilige Dezernent des Wohlfahrtsamtes führte, überwacht.

Die Kasse des Leihamtes hatte einen Umsatz von 748 644,12 RM (645 147,18)*, die Kreditkasse einen Umsatz von 354 801,62 RM (400 249,37) zu verzeichnen.

Die stärkere Inanspruchnahme des Leihamtes ist auf die immer schlimmer werdende wirtschaftliche Lage zurückzuführen. Wenn bei der Kreditkasse der Umsatz um 45 447,75 RM zurückgegangen ist, so ist dies eine Folge der notwendig gewordenen Drosselung der zu gewährenden Darlehensmittel.

Die Inanspruchnahme der Kreditanstalten wird in folgenden Tabellen dargelegt:

Leihamt.

Rechnungsjahr	Pfänderbestand z. Beginn d. Jahres		An Pfändern im Laufe des Jahres						Pfänderbestand am Jahreschluß	
			beliehen		ausgelöst		versteigert			
	Stück	Betrag	Stück	Betrag	Stück	Betrag	Stück	Betrag	Stück	Betrag
1928	9733	201867	15110	330925	12952	270572	479	6249	11412	255971
1929	11412	255971	16619	374671	13561	298079	1305	20706	13165	311857

Kreditkasse.

Rechnungsjahr	Ausstehender Darlehensbetrag zu Beginn des Jahres RM	Gewährte Darlehen im Laufe des Rechnungsjahres RM	In Raten zurückgezahlte Darlehen RM	Ausstehender Darlehensbetrag am Jahreschluß RM
1928	124974,64	205601,—	178285,95	152289,69
1929	152289,69	145235,—	186684,88	110839,81

Hiernach hat die Kreditkasse rund 60300 RM weniger ausgeliehen als im Vorjahr und rund 8300 RM mehr an Rückzahlungen eingenommen als in 1928.

Die Ziffer des durchschnittlichen Beleihungswertes des Einzelpfandes ist in den letzten Jahren ständig gestiegen. Sie betrug zu Beginn des Jahres 1927 18 RM und am Schluß des Berichtsjahres 23,67 RM.

Diese Steigerung ist darauf zurückzuführen, daß geringwertige Pfandstücke, vor allem Kleider, infolge der sozialen Maßnahmen des Wohlfahrtsamtes ausbleiben.

Die Nachfrage nach Möbelfredit bei der Kreditkasse war auch in diesem Jahr rege.

Der Zinssatz betrug für Ausleihungen der Kreditkasse 12%, für Beleihungen beim Leihamt 18% jährlich. In diesen 18% sind Schätzungs-, Aufbewahrungs- und Versicherungsgebühren eingeschlossen.

Erwerbsbeschränkter Werkstätten der Stadt Wiesbaden.

Die Beschäftigung und der Umsatz der Erwerbsbeschränkter Werkstätten waren im Berichtsjahr zufriedenstellend. Der Umsatz lag durchschnittlich 40% über dem des Vorjahres. An dieser Steigerung waren vor allem die Bürstennacherei, die Korfschneiderei und die Brennholzabteilung beteiligt. Wie in früheren Jahren, so konnte auch in 1929 eine große Anzahl erwerbsbeschränkter Arbeiter und Arbeiterinnen, denen angesichts der allgemeinen Arbeitslosigkeit der Arbeitsmarkt vollständig verschlossen war, nutzbringend beschäftigt werden.

Heim Dietenmühle.

Im Altersheim Dietenmühle, dessen Bettenzahl auf 77 erhöht wurde, hatten im Berichtsjahr insgesamt 91 Personen, vorwiegend Kleinrentner, Aufnahme gefunden. Hiervon waren

ganz auf öffentliche Kosten untergebracht	48 Personen,
Selbstzahler	22 "
teils Selbstzahler, teils auf öffentliche Kosten	21 "
	<hr/> 91 Personen

*) Die Zahlen in Klammern sind aus dem Vorjahre.

Wandererherberge.

Die Besucherzahl der Wandererherberge ist von 7 614 im Vorjahr auf 16 060 in 1929 gestiegen. Die Bettenzahl wurde von 40 auf 60 erhöht. Ein großer Prozentsatz der Aufnahme Begehrenden bestand aus Wanderern, welche sich vergeblich um Arbeit in Wiesbaden bemühten.

Haus für Obdachlose.

Das Haus für Obdachlose, welches obdachlosen Personen vorübergehend, im Notfalle auch dauernd, Unterkommen und Verpflegung gewährt und gleichzeitig 24 Personen aufnehmen kann, beherbergte im Berichtsjahr 54 Personen an insgesamt 3 914 Verpflegungstagen.

Fürsorgestelle für Lungenkranke.

Die Inanspruchnahme der Lungenfürsorgestelle ist im Berichtsjahr weiter gestiegen. Betrug im Jahre 1928 die Anzahl der die Fürsorgestelle auffuchenden Personen 1 434, so waren es in 1929 1 871. Erfreulicherweise war diese Steigerung nicht die Folge einer Ausbreitung der Tuberkulose, sondern das Zeichen wachsenden Vertrauens zur Beratungs- und Fürsorgestelle.

Jugendamt.

Allgemeines.

Dem bei dem Wohlfahrtsamt bestehenden Jugendamt sind die Aufgaben einer Jugendwohlfahrtsbehörde im Sinne des § 2 des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt übertragen. Der Aufgabenkreis des Jugendamtes ist im Berichtsjahr der gleiche geblieben wie im Vorjahr. Soweit seitens des Jugendamtes wirtschaftliche Fürsorge gewährt werden mußte, ist sie bereits in der „Allgemeinen Fürsorge“ nachgewiesen.

In organisatorischer Beziehung ist die mit dem 1. Januar 1930 erfolgte Auflösung des bis dahin vom Hauptjugendamt abgezweigten Jugendamts Biebrich zu erwähnen. Seitdem führt das (Haupt-)Jugendamt sämtliche Jugendamtsgeschäfte von Groß-Wiesbaden.

Amtsvormundschaft.

Am 31. März 1930 standen 2 488 Kinder unter Amtsvormundschaft bzw. Pflegschaft. Vom 1. April 1929 bis zum 31. März 1930 wurden vereinnahmt an:

Unterhaltsbeiträgen	189 129,21 RM
Hinterbliebenenrente	43 269,35 „
Zinsen aus Wertpapieren	5 866,91 „
übrigen Einnahmen	38 053,91 „
Gesamteinnahmen:	276 319,38 RM

Hierin sind diejenigen Unterhaltsbeiträge nicht enthalten, die im Einverständnis mit dem Jugendamt von den Kindesvätern direkt an die Mündelmutter bzw. an die Pflegeeltern gezahlt wurden.

Die Abhebungen von der Sparkasse beliefen sich auf 19 324,09 RM. Demgegenüber wurden neu auf Sparkasse angelegt 80 222,56 RM, sodaß die Sparkassenanlagen der Mündel am Ende des Berichtsjahres 91 101,28 RM betragen. Wertpapiere waren an diesem Zeitpunkt vorhanden im Betrage von 15 529,— RM.

Gemeindewaisenrat.

Am 31. März 1930 unterstanden der Aufsicht des Gemeindewaisenrats 3 197 Mündel. Dem Vormundschaftsgericht wurden im Berichtsjahr 521 Personen als Vormünder, 225 als Pfleger und 6 als Beistände sowie 3 als Gegenvormundschaften vorgeschlagen. Am gleichen Tage hatte das Jugendamt die Aufsicht über 1 341 Pflegekinder; hiervon waren 1 272 unehelich, von denen sich 918 bei ihrer Mutter und 354 in fremden Familien befanden.

Gefährdetenabteilung.

Die lange Dauer der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage führte zu einer erhöhten Inanspruchnahme der Gefährdetenfürsorge. Der Wirksamkeit der Fürsorgerinnen war es zu verdanken, daß die Gefährdetenabteilung frühzeitig von der — gelegentlich der Familienbesuche beobachteten — Gefährdung Jugendlicher

Kenntnis erhielt. Dadurch konnte in sehr vielen Fällen rechtzeitig Abhilfe geschaffen und so weiterer Verwahrlosung und Gefährdung vorgebeugt werden. Im allgemeinen ist ein ständiges Sinken des erziehlichen Einflusses des Elternhauses festgestellt worden. Bei den gefährdeten Minderjährigen überwog das männliche Element.

Die Einrichtung, daß das Landgericht in Ehescheidungssachen im Falle des Vorhandenseins minderjähriger gefährdeter Kinder dem Jugendamt Mitteilung macht, damit für diese Kinder rechtzeitig gesorgt werden kann, hat sich gut bewährt.

Im Berichtsjahr wurden 112 Minderjährige in Fürsorgeerziehung untergebracht. Weit größer ist die Zahl der angeordneten Schutzaufsichten: am 31. März 1930 standen 554 Minderjährige unter Schutzaufsicht. Auf dem Gebiete der Jugendgerichtshilfe wurde das Jugendamt in 199 Fällen in Anspruch genommen, von denen 45% auf schwere und 55% auf leichte Vergehen entfielen. Von der Wandererfürsorge mußten 1360 jugendliche Wanderer abgefertigt werden.

Abteilung Kindererholungsfürsorge.

Wie in früheren Jahren, so wurde auch im Sommer 1929 an tuberkulosegefährdete Kinder täglich während der Schulzeit ein vollwertiges Mittagessen verabreicht. Aus Mangel an Mitteln mußte der allgemeine Kindermittagstisch, an welchem durchschnittlich 600 Kinder je Tag teilnahmen, auf die Zeit vom 15. November 1929 bis 15. März 1930 beschränkt werden. Am Schulfrühstück nahmen 10% mehr Kinder teil (täglich 573) als im Vorjahre.

In Erholungs- und Heilanstalten wurden im Berichtsjahre insgesamt 1505 Kinder untergebracht; zur Deckung der Kurkosten lieferten auch noch die Eltern, der Landeshauptmann und die Versicherungsträger Beiträge. Die gesundheitsfördernden Maßnahmen der Kindererholungsfürsorge erfaßten im Berichtsjahr insgesamt 2689 Kinder.

Betriebe des Jugendamtes.

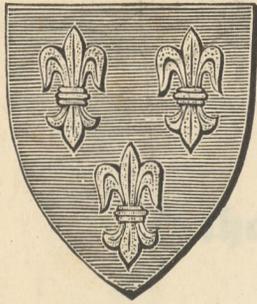
Hinsichtlich der Inanspruchnahme der Beratungs- und Fürsorgestellen sowie der Wirksamkeit sonstiger Betriebe des Jugendamtes ist gegenüber dem Vorjahr keine nennenswerte Änderung zu verzeichnen.

**Verteilung der im Rechnungsjahr 1929 laufend in offener Fürsorge unterstützten Parteien und Personen sowie der Gesamt-
Fürsorgekosten auf die einzelnen Ortsteile von Groß-Wiesbaden.*)**

Stadtteil	Allgemeine Fürsorge			Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge			Sozial-Rentner-Fürsorge			Klein-Rentner-Fürsorge		
	Parteien	Personen	Kosten	Parteien	Personen	Kosten	Parteien	Personen	Kosten	Parteien	Personen	Kosten
Alt-Wiesbaden	8654	20489	5666994**)	928	2007	458837**)	1724	2294	1003280**)	1316	1607	1217775**)
Wiesb.-Biebrich	1288	3274		48	125		400	716		82		
Wiesb.-Scherstein	180	517		6	9		49	80		31		
Wiesb.-Sommerberg	128	375		7	13		65	128		110		
Wiesb.-Bierstadt	377	877	68220	8	12	2216	65	92	22166	37	46	18485
Wiesb.-Heßloch	23	42	1019	—	—	—	3	5	574	2	2	738
Wiesb.-Kloppenheim	33	115	7452	10	13	192	11	17	3057	3	6	1747
Wiesb.-Erbenheim	136	302	27242	—	—	147	16	31	7730	10	13	5362
Wiesb.-Jgstadt	35	98	7486	9	9	87	9	12	2663	1	1	180
Wiesb.-Rambach	151	454	17540	1	4	400	33	43	8361	20	21	6578
Wiesb.-Georgenborn	19	82	2077	—	—	—	1	2	258	—	—	—
Wiesb.-Dohheim	1113	2929	114128	6	17	3388	149	243	43947	37	40	14562
Wiesb.-Frauenstein	116	251	27362	3	5	741	16	26	3484	10	10	3683
	12253	29805	5939460	1026	2214	466008	2541	3689	1095520	1593	1969	1269110

*) Ohne Erfattungen, Verwaltungskosten und offene Wochenfürsorge.

***) Eine Untergliederung der Kosten auf die betreffenden Stadtteile ist nicht möglich.



Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden

für die Zeit

vom 1. April 1930 bis 31. März 1931

Bearbeitet vom Statistischen Amt der Stadt Wiesbaden

VIII. Soziale Fürsorge.

Wohlfahrtsamt.

Organisatorische Aenderungen.

Aus Ersparnisgründen erfolgte am 1. 7. 1930 die Zusammenlegung der Kasse des Jugendamtes mit derjenigen des Wohlfahrtsamtes.

Infolge Eigentumswechsels mußte am 30. 9. 1930 sowohl das in dem Volkswohlgebäude in Wiesbaden-Biebrich untergebrachte Ledigenheim als auch die Speiseanstalt geschlossen werden. Als Ersatz für letztere wurde in dem städtischen Gebäude Wiesbaden-Biebrich, Rathausstraße 72, ein Speiseraum eingerichtet, dessen Belieferung aus der städtischen Speiseanstalt in der Scharnhorststraße erfolgt.

Die städtische Fürsorgestelle für Lungenkranke wurde am 30. 10. 1930 aufgelöst und mit der Tuberkuloseberatungsstelle Wiesbaden der Landesversicherungsanstalt für Hessen-Nassau vereinigt.

Das in der Schwarzenbergstraße 7 seit 1. 1. 1923 untergebrachte Mütter- und Säuglingsheim wurde infolge anderweitiger Verwendung der Räume (Erweiterung der Wandererherberge und des Asyls für Obdachlose) am 30. 11. 1930 aufgehoben.

Die bislang für Alt-Wiesbaden, Wiesbaden-Biebrich, Wiesbaden-Schierstein und Wiesbaden-Sonnenberg getroffene Regelung der Versorgung der Hilfsbedürftigen mit Milch wurde auch auf die am 1. 4. 1928 eingemeindeten Stadtteile ausgedehnt, desgleichen die Kontrolle der bei der Schulkinderpeisung zur Ausgabe gelangenden Milch.

Entsprechend der zunehmenden Bedeutung der Fürsorgetatistik wurde zu Beginn des Berichtsjahres die Statistische Abteilung des Wohlfahrtsamtes unter Bestellung eines wissenschaftlichen Hilfsarbeiters weiter ausgebaut.

Unterstützungsrichtsätze.

Im Berichtsjahr ist eine Aenderung der seit dem 24. 6. 1928 geltenden Unterstützungsrichtsätze nicht eingetreten.

Allgemeine Fürsorge.

Die seit einigen Jahren beobachtete Zunahme der in der Allgemeinen Fürsorge zu betreuenden Hilfsbedürftigen hielt auch im Berichtsjahr an, im wesentlichen eine Folge der beständig wachsenden Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen. Wie aus den nachfolgenden Tabellen ersichtlich ist, brachte die sich besonders in den Wintermonaten außerordentlich verschärfende Arbeitslosigkeit dem Wohlfahrtsamt einen unaufhaltbaren Zustrom. Eine empfindliche Belastung des Wohlfahrtsetats war die unausbleibliche Folge.

Sowohl mit der Arbeitsgemeinschaft der Angestelltenverbände im Gastwirtsgewerbe als auch mit dem Droschkenbesitzerverein und der Fuhrherrninnung wurde vereinbart, daß Unterstützungen an die Angehörigen dieser Berufe nur dann gewährt werden sollen, wenn die Antragsteller eine wöchentlich zu erneuernde Arbeits- und Verdienstbescheinigung dieser Stellen vorlegen. Die genannten Organisationen haben sich verpflichtet, die Bescheinigungen nur nach gewissenhafter Prüfung auszufertigen. Außerdem fanden noch eigene Ermittlungen der Kreis- und Verwaltungsstellen statt. Schon jetzt kann gesagt werden, daß mit dieser sich gerade auf Berufe mit schwer kontrollierbaren Verdienstmöglichkeiten erstreckenden Einrichtung dank der tätigen Mithilfe der erwähnten Organisationen gute Erfahrungen gemacht worden sind.

	Laufend in offener Fürsorge										Ein- ma- lige Fälle	Gesamt- fürsorge- kosten*) i. T. RM
	in 1930		im April 1930		im Juli 1930		im Oktober 1930		im Januar 1931			
	Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.		
Wohlf.-Pflegerlinge	2721	4889	1539	2498	1523	2472	1793	3037	2113	3790	653	2770
„ Erwerbslose	7925	18871	4235	10566	4433	11114	4858	12040	5375	13781	1413	4604
Schützlinge des Jugendamts	236	522	242	246	203	203	171	210	188	422	30	691
Summe	10882	24282	6016	13310	6159	13789	6822	15287	7676	17993	2096	8065

*) einschl. Sachleistungen und geschlossener Fürsorge.

Ergänzende Arbeitslosenfürsorge.

Entsprechend der Zunahme der Erwerbslosen stieg auch die Zahl derjenigen, deren Hilfsbedürftigkeit durch die Leistungen der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge nicht behoben wurde, und welche deshalb vom Wohlfahrtsamt zusätzlich betreut werden mußten.

Laufend in offener Fürsorge										Ein- malige Fälle	Gesamtfür- sorgekosten*) RM
in 1930		im April 1930		im Juli 1930		im Oktober 1930		im Januar 1931			
Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.		
2304	6846	482	1303	438	964	681	1486	1497	4276	6415	181 645.—

*) einschl. Sachleistungen und geschlossener Fürsorge.

Gehobene Fürsorge.

a) Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge.

Auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge sind nennenswerte Änderungen nicht eingetreten. Die Zahl der insgesamt in Wiesbaden vorhandenen Kriegsbeschädigten betrug rund 4500, die der Kriegshinterbliebenen rund 2300. Davon waren Zusatzrentenempfänger

in der Kriegsbeschädigtenfürsorge 361 Part. = 1117 Personen,
in der Kriegshinterbliebenenfürsorge (ohne die Halbwaisen) 1450 Part. = 2356 Personen.

Durch das Ausscheiden der Kriegswaisen über 18 Jahren ist die Zahl der Zusatzrentenempfänger etwas zurückgegangen. An Zusatzrenten wurden durch das Wohlfahrtsamt im Berichtsjahr aus Reichsmitteln insgesamt 753 329 RM. verausgabt.

Die trotz wiederholter Vorstellungen des Magistrats und der Organisationen durchgeführte Verlegung des Wiesbadener Versorgungsamtes nach Mainz hatte für die Fürsorgestelle vorübergehend bedeutende Mehrarbeit zur Folge.

Ueber die aus gemeindlichen Mitteln zusätzlich unterstützten Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen gibt folgende Tabelle Aufschluß:

	Laufend in offener Fürsorge*)										Ein- malige Fälle	Gesamtfür- sorgekosten**) RM
	in 1930		im April 1930		im Juli 1930		im Oktober 1930		im Januar 1931			
	Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.		
Kriegs-Beschäd.	346	1041	223	641	212	604	232	682	257	758	353	597 050.—
Kriegs-Hinterbl.	545	801	343	527	296	467	454	662	486	696	834	
Summe:	891	1842	566	1168	508	1071	686	1344	743	1454	1187	597 050.—

*) Empfänger von Barunterstützungen und Sachleistungen.

***) einschl. Sachleistungen und geschlossener Fürsorge.

b) Sozialrentnerfürsorge.

In engstem Zusammenhange mit der verschlechterten Wirtschaftslage steht auch die Zunahme der unterstützten Sozialrentner.

Die Anrechnung einer am 1. 10. 1929 erfolgten Erhöhung der Invaliden- und Witwenrenten war nur bei den neu hinzukommenden Unterstützungsfällen, nicht aber bei den bereits schwebenden Fällen statthaft.

Laufend in offener Fürsorge										Einmalige Fälle	Gesamtfürsorgekosten*) RM
in 1930		im April 1930		im Juli 1930		im Oktober 1930		im Januar 1931			
Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.		
2855	4403	2197	3201	2149	3202	2248	3407	2318	3552	107	13 308 180.—

*) einschl. Sachleistungen und geschlossener Fürsorge.

c) Kleinrentnerfürsorge.

Die Kleinrentner weisen als einzige Gruppe von Hilfsbedürftigen einen ständigen Rückgang auf. Zur Sicherung der Ansprüche des Wohlfahrtsamtes wurden mit 50 Kleinrentnern Erstattungsverträge abgeschlossen. Der Wert der geleisteten Sicherheiten belief sich auf rund 214 000 RM.; aus Nachlässen, Rückzahlungen und Unterhaltsbeiträgen konnten rund 118 500 RM. vereinnahmt werden.

Laufend in offener Fürsorge										Einmalige Fälle	Gesamtfürsorgekosten*) RM
in 1930		im April 1930		im Juli 1930		im Oktober 1930		im Januar 1931			
Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.	Part.	Perf.		
1444	1783	1378	1691	1323	1619	1294	1587	1280	1576	84	1 341 619.—

*) einschl. Sachleistungen und geschlossener Fürsorge.

Geschlossene Fürsorge.

Hinsichtlich der geschlossenen Fürsorge ergibt sich für das Berichtsjahr folgendes Bild:

Art der Unterbringung	Erwachsene	Minderjährige	Zusammen	Verpflegungs- Tage	Aufwand RM
Vorübergehend in					
Heilstätten	37	181	218	12 109	85 200.—
Erholungsheimen	147	947	1 094	40 827	95 500.—
Krankenhäusern	2 990	354	3 344	102 349	823 800.—
Entbindungsstationen	241	12	253	2 403	18 200.—
sonstigen Einrichtungen	105	70	175	6 940	8 100.—
Dauernd in					
Altersheimen	503	—	503	137 002	382 400.—
sonstigen Einrichtungen	7	434	441	88 984	184 400.—
Familien	15	364	379	117 830	189 200.—
Zusammen:	4 045	2 362	6 407	508 444	1 786 800.—

Die dem Landeshauptmann als Landesfürsorgeverband obliegende Fürsorge für die Geisteskranken, Taubstummen, Blinden und Krüppel, an deren Kosten das Wohlfahrtsamt als Bezirksfürsorgeverband durch Uebernahme der Spezialpflegekosten beteiligt ist, ist hierbei, analog der Reichsstatistik der öffentlichen Fürsorge, außer Betracht gelassen. Es handelt sich um insgesamt 568 Pfleglinge mit einem Kostenaufwand von 533 570.— RM.

Krankheits- bezw. Gesundheitsfürsorge.

Durchschnittlich waren im Berichtsjahr, auf den Monat gerechnet, 12 250 hilfsbedürftige Parteien — rund 25 000 Personen frankenversichert. Die Zahl der durch Ärzte behandelten Fälle belief sich auf 42 789, während die Zahnärzte 4859 Fälle behandelten. Zahnersatz wurde in 397 Fällen gewährt mit einem Gesamtkostenaufwand von 15 760 RM. Rezepte wurden 111 973 Stück verordnet. Der Durchschnittsbetrag für ein Rezept betrug 1.45 RM.

Insgesamt erforderte die Krankheits- bezw. Gesundheitsfürsorge, abgesehen von den Zuschüssen zu den Fürsorgestellen, Anstalten und Heimen einen Aufwand von 1 446 000 RM.

Besondere Unterstützungsmaßnahmen.

Neben der regulären Fürsorge, welche ihre Grenze normalerweise in den Richtsäcken findet, wurden im Berichtsjahr an Sonderleistungen noch gewährt Milch, Brennmaterial, Weihnachtsbeihilfen u. a. m.

Arbeitsfürsorge.

Die Arbeitsfürsorge erfuhr im Berichtsjahr durch den Ausbau der Fürsorgearbeit eine wesentliche Belebung. Insgesamt wurden bei den verschiedensten städtischen Dienststellen, insbesondere bei dem Straßenbauamt und der Garten- und Friedhofsverwaltung, 1273 Fürsorgearbeiter in 44 428 Tagewerken beschäftigt; dazu kamen noch 38 von den Wasser- und Lichtwerken in Wiesbaden-Schierstein beschäftigte Notstandsarbeiter mit 1279 Tagewerken. Demgegenüber betrug die Zahl der im Berichtsjahr einberufenen Pflichtarbeiter 1582. Sie leisteten 70 164 Halbtagswerke bzw. 35 082 volle Tagewerke und wurden ausschließlich mit zusätzlichen gemeinnützigen Arbeiten, wie z. B. Reinigen von Waldwegen, Anlagen und Gräben, beschäftigt. In einer großen Reihe von Fällen zeigte der Verzicht auf die Unterstützung, daß die Forderung von Pflichtarbeit nichtunterstützungsbedürftige Elemente fernhält.

Ermittlungsdienst.

Die Ermittler bei der Zentralstelle bearbeiteten 7657 Fälle, während die Kreisstellen-ermittler im Berichtsjahre insgesamt 18 465 und die Fürsorgerinnen 13 839 Ermittlungen durchführten.

In etwa 10% der geprüften Fälle führten die Feststellungen des schon durch sein Bestehen wirksamen Ermittlungs- und Ueberwachungsdienstes zur Einstellung oder Herabsetzung der Unterstützung, sodaß das Wohlfahrtsamt hierdurch, auf das Jahr gerechnet, eine in die Hunderttausende gehende Ersparnis erzielte.

Sonstiges.

Am Ende des Berichtsjahres waren in der Wohlfahrtspflege 245 Personen ehrenamtlich tätig.

Der Stadtarzt nahm im Berichtsjahr einschließlich der Hausbesuche 3012 ärztliche Untersuchungen vor, von denen rund $\frac{2}{3}$ auf die Allgemeine Fürsorge entfielen.

Die Tätigkeit der Sozialen Gerichtshilfe für Erwachsene hat weiter an Umfang zugenommen. Sie erreichte mit 1341 Berichtsersuchen den höchsten Stand seit ihrem Bestehen.

Betriebe des Wohlfahrtsamtes.

Kreditanstalten (Leihamt).

1. **Leihamt.** Der Umsatz des Leihamtes stieg von 748 644 RM. in 1929 auf 901 477 RM. in 1930. Der durchschnittliche Beleihungswert des einzelnen Pfandes belief sich auf 25.87 RM. (gegen 22.43 RM. im Vorjahre). Hieraus kann entnommen werden, daß sich die Notlage in steigendem Maße auch bei den seither besser gestellten Bevölkerungsschichten fühlbar gemacht hat. Demgemäß zeigte sich der Mangel an Kaufkraft auch bei der Versteigerung der Pfänder. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

Rechnungsjahr	Pfänderbestand zu Beginn des Jahres		An Pfändern im Laufe des Jahres						Pfänderbestand am Jahreschluß	
			beliehen		ausgelöst		versteigert			
	Stück	Betrag	Stück	Betrag	Stück	Betrag	Stück	Betrag	Stück	Betrag
1929	11412	255971	16619	374671	13561	298079	1305	20706	13165	311857.—
1930	13165	311857	16750	433331	14719	382229	1564	27557	13632	335402.—
Mithin mehr . . .	1753	55886	131	58660	1158	84150	259	6851	467	23545.—

2. Kreditkasse. Im Gegensatz zum Leihamt konnte bei der Kreditkasse der Kreditbedarf infolge eigenen Geldmangels nicht voll befriedigt werden. Besonders groß war der Kreditbedarf zur Anschaffung von Möbeln. Da die Darlehenshergabe auf die dringendsten Notfälle beschränkt werden mußte, sank der Umsatz der Kreditkasse von 354 802.— RM. in 1929 auf 150 995.— RM. in 1930. Ueber den Geldverkehr gibt die folgende Gegenüberstellung weiteren Aufschluß:

Rechnungsjahr	Ausgeliehene Darlehen zu Beginn des Jahres	Ausgeliehene Darlehen im Laufe des Jahres		Zurückgezahlte Darlehensraten	Ausgeliehene Darlehen am Jahreschluß
	RM	Stk.	RM	RM	RM
1929	152 290	1041	145 235	186 685	110 840
1930	110 840	426	52 533	87 793	75 580

Städtische Speiseanstalten.

Die städtischen Speiseanstalten in der Scharnhorststraße und in der Steingasse waren das ganze Jahr hindurch in Betrieb. Verausgabt wurden im Berichtsjahr insgesamt 90 881 Portionen und zwar:

in Küche I (Steingasse)	14 397 Portionen zu 30 Pfg.,
„ „ „ „	11 724 „ „ 10 „ „
„ „ II (Scharnhorststraße)	27 099 „ „ 30 „ „
„ „ „ „	20 209 „ „ 10 „ „
„ „ „ „	17 452 „ für W.-Biebrich.

Auch im Berichtsjahr wurde in den städtischen Speiseanstalten das Mittagessen (40 128 Portionen) für die Kinder speisung während der Monate Dezember bis März 1931 hergestellt. Ferner wurden für die alljährlich stattfindenden Ferienspaziergänge 23 900 Portionen Kakao zubereitet und auf dem Turnplatz Distrikt Nonnentrieff verteilt.

Zu den übrigen Betrieben des Wohlfahrtsamtes gehören die Erwerbsbeschränktenwerkstätten, das Heim Dietenmühle, die Wandererherberge, das Haus für Obdachlose, das Ledigenheim in Wiesbaden-Biebrich und das Mütter- und Säuglingsheim.

Jugendamt.

Allgemeines.

In Anbetracht der gespannten Finanzlage der Stadt erfolgten mancherlei Einschränkungen und Sparmaßnahmen, z. B. die Herabsetzung der Pflegegelder für die Unterbringung von Kindern in Anstalten, Heimen und Familien, der Abbau der freiwilligen Erziehungshilfe, die Abgabe von Vormundschaften und Pflögenschaften an Einzelmündler und eine wesentliche Einschränkung der Kinderspeisung. Besonderes Augenmerk wurde auch auf schärfste Heranziehung der Unterhaltspflichtigen gelegt, wodurch nicht unerhebliche Unterstützungsmittel erspart werden konnten. Zur Vermeidung von Prozeßkosten erfolgte die Vertretung der Amtsmündel vor den ordentlichen und Arbeitsgerichten, ebenso wie die umfangreiche Rechtshilfeleistung, durch eigenes Personal.

Bei der Vielgestaltigkeit der zu erfüllenden Aufgabe wurde eine erhöhte Heranziehung der Fürsorgestellen der freien Jugendwohlfahrt notwendig. Von der tätigen Mithilfe der freien Jugendwohlfahrt sowie der Inanspruchnahme ehrenamtlicher Kräfte und gemeinnütziger Einrichtungen wurde im Berichtsjahr ausgiebig Gebrauch gemacht, was wesentlich zur Minderung der Ausgaben

beitrag. Die Betätigung der charitativen Mitarbeiter lag hauptsächlich auf den Gebieten der vorbeugenden Fürsorge, der erzieherischen Betreuung sowie im Ermittlungsdienst und in der Begutachtung.

Amtsvormundschaft.

Die Zahl der von der Vormundschaftsabteilung im Berichtsjahr ausgeübten Vormundschaften, Pflégenschaften und Beistandschaften belief sich auf 3049.

Auf rund 1100 Konten wurden vereinnahmt 236 832 RM. (darunter 31 690 RM. Abhebungen von Sparkassenkonten).

Nicht enthalten in obengenanntem Betrage sind die Unterhaltsbeiträge und Renten, die im Einverständnis mit dem Jugendamt zur Verringerung der Verwaltungsarbeit in rund 100 Fällen direkt an die Empfangsberechtigten gezahlt wurden.

Aus vorgenannten Einnahmen wurden Ausgaben in Höhe von 227 136 RM. geleistet (darunter 37 190 RM. Einzahlungen auf Sparkassenkonten).

Am Ende des Berichtsjahres belief sich das Mündelvermögen in Form von Sparkasseneinlagen auf 71 957 RM. und von Wertpapieren auf 11 264 RM. Die Bestandsverringerung bei den Sparkassen um rund 20 000 RM. gegenüber dem Vorjahr ist auf die Abführung größerer Einlagen infolge Abgabe von Vormundschaften zurückzuführen.

Gemeindewaisenrat.

Am Ende des Berichtsjahres wurden von dem Gemeindewaisenrat 3089 Mündel registriert, von denen 1619 unter Amtsvormundschaft standen. Nicht einbezogen sind die in auswärtiger Pflege befindlichen Kinder, welche von anderen Jugendämtern nachgewiesen werden.

Gefährdeten-Abteilung.

Der Schwerpunkt der Fürsorge wurde auf die vorbeugende Erziehungsfürsorge gelegt. Trotzdem konnte in Anbetracht der Wirtschafts- und Wohnungsnot eine Vermehrung der Gefährdetenfälle nicht hintangehalten werden. Hervorzuheben bleibt eine außergewöhnliche Zunahme der Kriminalität der schulentlassenen männlichen Jugend neben einer relativ hohen Zahl von sexuellen Entgleisungen der weiblichen Jugend.

Die Zahl der von der Jugendgerichtshilfe zu bearbeitenden Fälle hat an sich nicht zugenommen; jedoch sind die schweren Vergehen gegenüber den leichten zahlenmäßig in auffallender Weise gestiegen (62% schwere, 38% leichte).

Die Wandererfürsorge hat im Berichtsjahr einen ungeahnten Umfang angenommen. Während im Vorjahre 1360 jugendliche Wanderer abgefertigt wurden, stieg die Zahl im Berichtsjahr auf 3333.

Ein besonderes Augenmerk erheischte auch die Fürsorge für Schulentlassene, welche unter der Arbeitslosigkeit besonders zu leiden haben. Eine große Anzahl Jugendlicher wurde als landwirtschaftliche Hilfsarbeiter in geeignete Stellen vermittelt, doch konnte für die große Masse der Jugendlichen wenig oder garnichts geschehen.

Betriebe des Jugendamtes.

Die verschiedenen Beratungsstellen und Betriebe des Jugendamtes wurden ungefähr im gleichen Umfang wie bisher in Anspruch genommen.

Abteilung Kindererholungsfürsorge. Von der Abteilung für Kindererholungsfürsorge wurden im Berichtsjahr 1383 Kinder in Erholungs- und Heilanstalten untergebracht. Die Aufenthaltsdauer der Kinder in den Erholungsheimen betrug in der Regel 5 bis 6 Wochen. Der für die Zwecke der Erholungsfürsorge erforderliche Zuschuß belief sich im Berichtsjahr auf 59 208 RM. Außerdem wurde noch ein Zuschuß von 30 646 RM. für die Unterbringung tuberkulosekranker und tuberkulosegefährdeter Kinder benötigt. Leider gebot die Knappheit der städtischen Mittel auch auf diesem Gebiet die Beschränkung der Fürsorge auf die dringendsten Fälle.

In gleicher Weise litt auch die übliche Kinder Speisung unter der Ungunst der Verhältnisse. So erfuhr u. a. der während der Wintermonate unterhaltene allgemeine Kindermittagstisch eine Kürzung der Ausgabedauer um 1½ Monate. Der Gesamtzuschuß zu dem Kindermittagstisch und dem Schulfrühstück belief sich in Wiesbaden auf rund 30 000 RM. Hierin sind auch die Ausgaben enthalten, welche durch Verabreichung eines vollwertigen Mittagessens an tuberkulosegefährdete Kinder während der Sommermonate entstanden sind.

Verteilung der im Rechnungsjahr 1930 laufend in offener Fürsorge unterfügten Parteien und Personen sowie der Gesamtfürsorgekosten auf die einzelnen Stadtteile von Wiesbaden.*)

	Allgemeine Fürsorge			Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge			Sozial-Rentner-Fürsorge			Kleinrentner-Fürsorge		
	Parteien	Personen	Kosten RM	Parteien	Personen	Kosten RM	Parteien	Personen	Kosten RM	Parteien	Personen	Kosten RM
Alt-Wiesbaden	9943	22320	} 7711602**)	766	1603	} 5893333**)	1955	2656	} 1209190**)	1207	1479	} 1299836**)
Wiesb.-Biebrich	1417	3709		76	150		460	979		70	90	
Wiesb.-Schierstein	253	792	6	9	56	97	20	28				
Wiesb.-Sonnenberg	201	630	21	36	69	143	56	80				
Wiesb.-Bierstadt	394	978	4	8	55	82	21	25	19097	21	25	13529
Wiesb.-Fleßloch	25	61	1	1	4	7	4	7	728	1	1	41
Wiesb.-Kloppenheim	40	117	10	13	12	18	12	18	3146	3	6	1939
Wiesb.-Erbenheim	73	200	—	—	17	26	17	26	7076	9	13	5200
Wiesb.-Sigtstadt	54	165	—	—	11	14	11	14	2653	1	1	424
Wiesb.-Rambach	116	332	1	8	31	46	31	46	7859	15	16	5916
Wiesb.-Georgenborn	19	61	—	—	1	2	1	2	756	—	—	—
Wiesb.-Dohenheim	448	1197	4	10	167	297	167	297	50449	32	35	10460
Wiesb.-Frauenstein	203	566	2	4	17	36	17	36	7226	9	9	4274
	13186	31128	8246655	891	1842	597050	2855	4403	1308180	1444	1783	1341619

*) Ohne Erfassungen, Verwaltungskosten und offene Wochenfürsorge.

***) Eine Untergliederung der Kosten auf die betr. Stadtteile ist nicht möglich.